

A N F R A G E von Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht) und Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)

betreffend Primat der Verwaltung

In einem Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung vom 20. Juni 2012 nimmt der Chef des kantonalen Migrationsamtes, Herr Urs Betschart, persönlich Stellung gegen den Entscheid des Nationalrates, Asylsuchenden nur noch Nothilfe zu gewähren. Herr Betschart wendet sich explizit gegen den Nationalratsbeschluss und argumentierte, die Sozialhilfe nach Ansätzen der Asylfürsorge sei nicht mit der Sozialhilfe gemäss den Ansätzen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) vergleichbar. Es handle sich bei den «noch tieferen» Asyl-Hilfeleistungen für Abgewiesene nicht um Nothilfe im Sinne der Bundesverfassung. Die Aussagen von Herrn Betschart gipfeln in der Feststellung, ob eine Reduktion der Beiträge für Asylsuchende die Attraktivität der Schweiz wirklich senken würde, wisse er nicht. Und mit der Aussage, das Bundesamt für Migration (BfM) brauche dringend genug Ressourcen und müsse auch operativ wieder auf die Beine kommen, erst an zweiter Stelle brauche es gesetzliche Massnahmen, bricht Herr Betschart eine Lanze für den weiteren Ausbau der Asylindustrie. Herr Ruedi Hofstetter, Chef des kantonalen Sozialamtes, polemisiert in besagtem Artikel, die Anzahl von tunesischen «Nothilfebezügern» steige, was in der Feststellung in besagtem Artikel gipfelt, bei einer Ausweitung des Nothilfe-Regimes wäre der Kanton Zürich mit grossen Umsetzungsproblemen konfrontiert, da die Hälfte aller abgewiesenen Asylbewerber in Wohnungen lebe und schwerlich in Kollektivunterkünften umplatziert werden könne.

188/2012

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat ein Zürcher Staatsangestellter zu arbeiten und zu vollziehen oder zu politisieren? Herrscht im Kanton Zürich das Primat der Verwaltung oder das Primat der Politik?
2. Wird der Kanton Zürich, gemäss dem Mehrheitswillen der Wähler, von einer bürgerlichen Regierung (Wahlkampfmotto «Vier gewinnt») regiert oder haben der eine oder die andere im bürgerlichen Regierungsrat seit den Wahlen die Fronten gewechselt?
3. Wie stellt sich der Gesamt-Regierungsrat zu den «quer zur eidgenössischen Politik» stehenden Aussagen eines Chefbeamten?
4. Ist der Regierungsrat bereit, wieder das Primat der Politik im Kanton Zürich walten zu lassen und die Zügel selber in die Hand zu nehmen- sollte er hinter den Aussagen des Chefbeamten stehen-, anstatt Kritik an Beschlüssen der grossen eidgenössischen Parlamentskammer, durch einen Verwaltungsangestellten üben zu lassen?

Hans-Peter Amrein
Claudio Zanetti